

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1828

Verantwortl. Redakt. und Verlag von G. M. Kallier (Carl Kallier) Nagold.

Freitag den 20. 10.

Verbreitete Zeitung...
Oberamtsbezirk...
seigen sind daher von
bestem Erfolg.

Das neue Postgesetz wird
verleitet. Gemäß dem
34. und 35. Artikel des
Postgesetzes, das
über Postämter in
bestimmten
Gebieten...
zu bilden...
nach dem
Postgesetz...
Postämter...

Legatam-Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Postfach:
Stuttgart 6118.

Erstmal an jedem
Wochentag...
120 bis
wurden bis
Es ist
berstellt ohne
Ertrag bei
nach Menge
begonnen
oben. Post-

Nr. 244

Donnerstag den 18. Oktober 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Der deutsche Geschäftsträger, Botschafter von Hirsch, hat am Mittwoch mittags im Auftrag seiner Regierung beim Ministerpräsidenten Poincaré vorgeprochen. Die Unterredung hat ungefähr dreiviertel Stunden gedauert. Die griechische Regierung hat einige Minister gewechselt. Die italienischen Kolonialtruppen hatten in Tripolisitanien einen schweren Kampf bei Misurata gegen 1000 sehr gut bewaffnete Eingeborene zu bestehen, die zurückgeschlagen worden sein sollen.

Die Rentenmark

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter erhalten wir nachfolgende Zuschrift, die der bevorstehenden Rentenmark geringe Zusätze eröffnen zu müssen glaubt. Doch nun im allgemeinen und das besonders der gewaltige Finanzminister Hirsch, die die Währungsheilung durch die „Zwischenlösung“ der sog. Währungsbank viel einfacher vorzustellen hat, als sie in Wirklichkeit ist. Darüber ist man in Fachkreisen von Anfang an einig gewesen. Mit „Benutzbarkeit“ ist in einer Frage von solch ungeheurer Schwierigkeit, die bis in die feinsten und kleinsten Einzelheiten des wirtschaftlichen Lebens eingreift, nichts zu machen. Zur Lösung solcher Fragen sind denn auch nur Männer von eigenem und gediegenem Fachkenntnissen berufen; es genügt nicht, daß sie sich hierin von andern beraten oder nicht beraten lassen. Aus diesem Grund scheint auch der gegenwärtige Reichsfinanzminister Dr. Lathen, der als früherer Oberbürgermeister von Essen ein tüchtiger Verwaltungsmann, aber kein Finanzmann größeren Formats ist, bedenklich geworden zu sein. Er hat sich demnach entschlossen, das wichtige Verh. von dessen Gehilfen oder Mitarbeitern vielleicht die Zukunft Deutschlands abhängt, zu vertreten. Möge es ihm gelingen. Daß er auf die Warnung von Sachverständigen die nebelhafte Reimar-Währungsbank hat fallen lassen und zu dem Vorschlag einer Geldnotenbank übergegangen ist, ist immerhin ein tröstlicher Fortschritt. D. Schr.

Die Geldreform des neuen Reichsfinanzministers Dr. Lathen sollte, so hoffte wohl mancher, eine durchgreifende Reformmaßnahme werden. Sie ist in Wahrheit nur ein Vergleich zwischen dem Mut, das Notwendige zu tun, und der Angst, durch Ueberreife allzuviel zu schaden. Dieses Ringen zwischen Mut und Angst hat zu dem Verzicht geführt, der nun Finanzminister wolle den schweren Gang gar nicht antreten, sondern sich wieder in das Ernährungsministerium zurückziehen. Das ist aber nicht geschehen. Die jetzt beabsichtigte Einführung der Rentenmark ist wieder eine „Zwischenlösung“, die Rentenmark ist der Goldmark nicht gleichwertig. Die Deckung besteht in Rentenbriefen, die auf einer Grundschuld aller Immobilien ruhen, sowie auf Schuldverschreibungen zu Lasten derjenigen Unternehmungen, bei denen eine immobile Belastung nicht möglich ist. Das neue Geld ist also eine Hypothekenschuld und nicht einmal eine erstklassige. Sie steht neben der Abschlagsbelastung allen deutschen Besitzes an zweiter Stelle. Selbst wenn man es für möglich hält, die Schuldverschreibungen bei Handels- und anderen mit mobillem Kapital arbeitenden Unternehmungen jederzeit flüssig, das heißt zu Geld zu machen, wie wird es bei den eigentlichen Hypotheken, also bei den Grundstücken sein? Hier wird der Anspruch auf eine Rente; den Anspruch auf Gold niemals erfüllen können. Schon deshalb wird die Rentenmark im Verhältnis zu den Devisen und Goldzahlungsmitteln, die sich ja doch nicht aus dem Verkehr ausgliedern lassen, sofort in der Wertung erscheinen.

Ferner: das Reich hat sich bei der Währungsbank Kredite bis zum Betrag von 1,2 Milliarden Rentenmark vorbehalten. Dies ist eine vielfach größere Summe, als Reimar in den Geldumlauf kommen werden. Die Währungsbank als Zwischmittel soll ihr Ende haben, wenn das Reich seine Schuld zurückzahlt. Wann wird das Reich zurückzahlen und wie wird es voraussichtlich ein bedenktliches langes Leben haben und es wird vielleicht ein Sterben ohne sichtbares Ende sein. Soll man immer wieder an das traurige Beispiel der französischen Revolution erinnern? Im Frühjahr 1796 war Frankreich mit dem Papiergeld aus und fert g. Es kamen die Mandatsfortschriften, Schuldverschreibungen, gedeckt durch Verpfändung von Forsten und Gütern, alle Mandatsbriefe und Rentenschulden. Und der Erfolg? Bereits Ende 1796 war das neue Geld der Mandats auf 1/4 Prozent seines Nennwertes gesunken. Die Reusbanken verschwanden ebenso schnell im Abgrund der Entwertung wie die alten Mandatsnoten. Man hatte allerdings einen Zwangskurs bestimmt, zu dem das alte Geld gegen das neue umgetauscht werden durfte. Das soll bei der jetzigen Geldreform vermieden werden. Die neue Rentenmark soll sich erst einmal „erproben“. Das wird die Spekulation gründlich besorgen. Noch vor zwei Wochen hätte sie vielleicht vierzig Millionen Papiermark für eine Reimar gegeben. Heute ist die alte Mark bis an die Grenze letzter Verlässlichkeit heruntergewirtschaftet, so daß man überhaupt keinen Maßstab mehr hat. Die Re-

mark wird dazu benutzt werden, allerley Papiergeldgeschäfte vor Lareschluss zu machen, und ihr Ruf, ihr Kredit wird darunter leiden. Bis die Regierung daran gehen kann, einen Umtauschkurs amtlich festzusetzen, wird die Reimar selber so brüchig sein, daß sie keinen Kurs hält. Deshalb ist ja auch die Einstellung der Papiermark, wenn sie ohne sichere Umtauschkurse zustande kommt, nur eine schöne Bewegung. Als man am 21. Februar 1796 auf dem Vendômeplatz in Paris die Druckpressen und Platten des alten Papiergelds feierlich verbrannte, jubelte das Volk. Es war eine Täuschung. Es wurde noch lange nicht besser. Die Rettung konnte nur über den Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts auf Grund einer unerbitlich durchgeführten Goldwährung kommen. Die Zwischenlösung der Reimar wird nur die bisherige Dual der Unfreiheit und der völligen Entwertung verlängern.

Wandlungen in der Außenpolitik

Von dem Verlauf der britischen Reichskonferenz und der französischen Kammerwahlen wird unsere auswärtige Lage in nächster Zeit hauptsächlich bestimmt werden. Die britische Reichskonferenz wird auch in Frankreich mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt, denn auf ihr muß die Entscheidung fallen, ob es bei der „wohlwollenden Zurückhaltung“ verbleibt, wozu Baldwin sich Poincaré gegenüber neu verpflichtet hatte, oder ob das britische Reich in der Außenpolitik als handelnde Persönlichkeit mit einem eigenen Willen und eigenen Zielen auftritt. Der bestgeschulte Mann in Frankreich ist zurzeit wohl der Vertreter Südafrikas, General Smuts, der dafür ist, daß das britische Reich die „wohlwollende Zurückhaltung“ abschleifte und handelnd auftritt, mit dem Ziel, der Welt endlich den Frieden zu geben, nach dem sich alle Völker, mit Ausnahme des französischen, sehnen.

Wenn die Reichskonferenz neben der Außenpolitik auch Fragen der inneren Ordnung behandelt, so stehen beide Gegenstände doch in engstem Zusammenhang miteinander. Auch die Frage der Vorrangsjahre muß schließlich auf die Entscheidung hinaus, ob die Tochterstaaten und die Kolonien England in den Stand setzen wollen, in bezug auf Europa die bisherige Politik fortzusetzen, oder ob sie verlangen, daß England seine europäische Großmachtstellung zurückgewinne. Die Politik der Diehards, deren Puppe Baldwin zu sein scheint, glaubt, wenn England das europäische Festland den Franzosen überlasse, so könnte England sich mit Ruhen auf sein Weltreich zurückziehen. Das geht aber nur, wenn die Außengebiete dieses Reichs bereit sind, mit dem Mutterland einen „inneren Markt“ zu bilden, der sich selbst genügen könnte. Durch unterschiedliche Zollbehandlung soll dieser Markt gegen fremde Mächte gesperrt werden. Die Tochterländer bitten vor allem die Verjüngung des Mutterlands mit Lebensmitteln zu übernehmen, als Gegenleistung hätte das Mutterland die Lebensmittelfuhr aus nicht britischen Ländern mit Hochschutzzöllen zu belegen. Die Dominien und Kolonien ihrerseits sollen den englischen Waren Vorrangsjahre gewähren. Drinnen und draußen erregen diese Gedankengänge indes so starkes Unbehagen, daß die Regierung die ganze Frage nur mit äußerster Vorsicht anzuschneiden wagt. Obwohl England den Freihandel praktisch längst preisgegeben hat, könnte der grundsätzliche Uebergang zum Schutzoll noch einmal einen Wohlkampf entfesseln wie den vom Jahr 1906, der die konservative Mehrheit glatt wegspülte.

Vergesslicherweise fällt sich Frankreich vom Meinungsstreit darum, welche Auffassung für die britische Politik maßgeblich sein soll, sehr nahe berührt. Man empfindet es als höchst peinlich, daß Curzon vor der britischen Reichskonferenz Frankreich ganz offen an seine Fufage mahnte, nach Einstellung des passiven Widerstands mit neuen Vorschlägen hervorzutreten. Poincaré hatte dem nur ein förmliches: „Nun erst recht“ entgegenzusetzen. Er tat so, als habe die Einstellung des passiven Widerstands für Frankreich überhaupt keine Bedeutung und ordnete für das Ruhrgebiet verschärfte Gewaltpolitik an. Der Poincarismus war auf dem besten Wege, sich außenpolitisch festzusetzen und den französischen Wahlkampf als Kampf gegen Windmühlen zu führen, als Kompensieren einen Widerstand an Rhein und Ruhr, der gar nicht mehr vorhanden war.

Diese Gefahr scheint der Präsident der franz. Republik Millerand, erkannt zu haben, und da er nicht daran denkt, der Eroberungspolitik des Poincarismus Widerstand leisten zu wollen, so lenkte er von der Außenpolitik ab auf die innere Politik, für die die bevorstehenden Kammerwahlen die neue Grundfrage schaffen sollen. In einer Sonntagsrede malte er den Franzosen vor, daß er allerlei soziale Reformen — nach deutschem Vorbild — eingeführt wissen möchte, die allerdings sehr viel Geld kosten würden. Aber damit hofft Millerand die Arbeiterstimmen zu gewinnen. Um wiederum dem feuerscheuen französischen Spielbürger die kostspieligen Reformen mündgerecht zu machen, befürwortet Millerand eine weitere Herabsetzung der Militärpflicht — als Köder für die französischen Wähler. Das Einspringen Millerands erinnert an die Politik der Diehards, die auch plötzlich gewissermaßen innerpolitische britische

Fragen (Schutzzoll) aufs Tapet bringen, wobei ununtersucht bleiben kann, ob beiderseits ein Einverständnis besteht. Immerhin steht es aus, wie wenn Präsident Millerand versuchen wollte, dem eigenwilligen Ministerpräsidenten Poincaré die Führung des Wahlprogramms Millerands offenbar eine Stärkung der Machtvollkommenheit des Staatspräsidenten gegenüber dem Ministerpräsidenten sein soll. Das alles geht mit der bisherigen Politik Poincarés nicht recht zusammen, hat aber den Vorzug, das Lösungswort für den Wahlkampf in Frankreich zu suchen, während sie Poincaré an der Ruhr gejackt hatte. Steht man sich hier einen Gegenangriff zwischen Millerand und Poincaré an, der natürlich nicht von heute stammt, so versteht man, weshalb Poincaré über die Einstellung des passiven Widerstands so merklich verstimmt war.

Rückzahlungswert der Staatsanleihen

In der Bremischen Bürgerchaft (etwa Stadtverordnetenversammlung) kam der Antrag des Finanzausschusses zur Beratung, die Anleihen der Stadt Bremen zu kündigen und in Anbetracht der Geldentwertung mit dem zehnfachen Betrag des Nennwertes zurückzuzahlen. Abg. Dr. Buff (Deutschnat.) erklärte den Ausgleich des Zehnfachen für rechtswidrig und gegen die guten Sitten verstoßend. Es sei unzulässig, die Staatsanleihen in dieser Weise zu schädigen. Wo der Staat Gelder zu erheben habe, da gehe er mit der vollen Geldentwertung, wie er aber selbst Schuldner sei, wolle er von Geldentwertung nichts wissen. Dadurch werde das Vertrauen in den Staat erschüttert. Die Bürgerchaft nahm trotzdem den Ausschussantrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an. — Die wichtige Frage der Rückzahlung der Staatsanleihen unter dem Gesichtspunkt der Geldentwertung ist damit zum ersten Mal in einer gesetzgebenden Körperschaft entschieden worden.

Die Stadt Berlin hat die persönlichen Bürgschaften (Kauktionen) eines Teils der städtischen Angehörigen kürzlich zum alten Nennwert zurückbezahlt.

Neue Nachrichten

Bedenkliche Meldungen

Berlin, 17. Okt. Die demokratische „Wochenzeitung“ berichtet aus Sachsen, die proletarischen Hundertschoten, die sich P. S. S. nennen, sollen der amtlichen Polizei in Sachsen an- oder eingegliedert werden. Die P. S. S., die fast rein kommunistisch ist, sei durchweg mit Pistolen bewaffnet; wie weit auch Gewehre und schwere Waffen ausgegeben oder eingelagert seien, sei nicht zu übersehen. Es werde auch von einem „berittenen Selbstschutz“ gesprochen, der zum Schutz der Führer usw. bestimmt sei. Die P. S. S. halte stetig militärische Übungen ab.

Im sächsischen Erzgebirge wird der ganze Automobilverkehr von roten Hundertschoten überwacht, die zum Teil mit Ausweisen versehen sind, die der Bürgermeister Dr. Zimmermann in Klingenthal unterzeichnet hat. Zimmermann erklärte, daß die Ausweise im Auftrag der sächsischen Regierung ausgestellt worden seien.

In Plauen (Sachsen) tagte ein Kongreß bayerischer Betriebsräte, der in Bayern verboten war.

In Glauhaus und anderen sächsischen Orten haben die Linkradikalen von den Gewerbetreibenden Zwangsgebühren im Betrag des 15 000fachen der Landesgewerbesteuer und des 20 000fachen der Grundsteuer, angeblich für die Arbeitslosen gefordert und vielfach erreicht.

Die neue Regierung in Thüringen. Ministerium des Auswärtigen

Weimar, 17. Okt. Der thüringische Landtag, dessen Eröffnung Vertreter von Sowjetrußland anwohnten, nahm mit 28 sozialistisch-kommunistischen gegen 24 bürgerliche Stimmen folgende Ministerliste an: Inneres: Herrmann (Soz.); Finanzen: Hartmann (Soz.); Justiz: Oberlandesgerichtsrat Dr. Korsch (Komm.); Volksbildung: Grell (Soz.); Wirtschaft: Tenner (Komm.). Mit dem gleichen Stimmverhältnis wurde beschlossen, ein neues Ministerium, das des Neuherrn (1) zu errichten und es dem Ministerpräsidenten Fräulein (Soz.) zu übertragen. Die Bürgerlichen erheben Widerspruch.

Dresden, 17. Okt. Im Landtag hielt Ministerpräsident Zeigner eine ungemein scharfe Rede gegen die bürgerlichen Parteien. Er behauptete u. a., die Haupttätigkeit der Beamten bestünde in dem Einstreichen ihres Gehalts. (Zeigner war früher Staatsanwalt D. Schr.) In schärfster Weise sprach Zeigner gegen den Ausnahmezustand und die Unterstellung der sächsischen Polizei unter den Militärbefehlshaber durch die Reichsregierung. Im Verlauf seiner Rede erhielt Zeigner vom Vizepräsidenten einen Ordnungsruf.



